

Nachtrag Fragestunde der Landratssitzung vom 12.01.2023: Zusatzfragen

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
2	Peter Riebli (SVP)	SID

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll:

Peter Riebli (SVP) hat zwei Zusatzfragen: *Wie viele Personen – aufgeteilt nach Männern und Frauen – befinden sich im Asylzentrum und wie viele sind wegen delinquentem Verhalten bereits in andere Anstalten verschoben worden? [...]*

Antwort:

Gemäss Informationen des Staatssekretariats für Migration (SEM) liegt die durchschnittliche Belegung in der Asylunterkunft in Liestal bei 150 Asylsuchenden. Zurzeit befinden sich ausschliesslich alleinreisende Männer in der Unterkunft. Seit Dezember 2022 mussten aufgrund von Verstössen gegen die Hausordnung 10 – 15 Asylsuchende in andere Unterkünfte verlegt werden. In weiteren zwei Fällen erfolgte eine Verlegung aufgrund delinquenten Verhaltens.

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
2	Anita Biedert (SVP)	SID

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll:

Anita Biedert (SVP) hat eine Zusatzfrage: *Die Rednerin wurde vorhin beinahe von Polizisten überrannt, die gerade einen Delinquenten verfolgten. Sie hat in Liestaler Geschäften nachgefragt und könnte viel darüber erzählen. Hat die Kantonspolizei klare Anweisungen, Personen, die identifiziert werden könnten und von denen Fotoaufnahmen vorliegen, in die Rubrik «Anzeige gegen unbekannt» aufzunehmen, gibt es dafür eine gesetzliche Grundlage?*

Antwort:

Wenn Personen identifiziert werden können und ein konkreter Tatverdacht auf eine strafbare Handlung vorliegt, wird eine Anzeige gegen die jeweilige Person erstellt. Die Tatsache, dass von einer tatverdächtigen Person durch Geschädigte oder andere Personen eine Bildaufnahme gemacht werden konnte, bedeutet aber noch nicht, dass diese Person durch anschliessende polizeiliche Ermittlungen auch identifiziert werden kann. Eine Anzeige gegen unbekannte Täterschaft wird nur dann erstellt, wenn es nicht gelingt, eine fotografierte tatverdächtige Person mittels ihrer Personalien zu identifizieren.

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
6	Caroline Mall (SVP)	VGD

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll:

Caroline Mall (SVP) präzisiert ihre Frage. Die zunehmende Zuwanderung, die stattfindet – mit wie vielen Fachkräften rechnet der Regierungsrat, welche diese Stellen besetzen können – exklusiv aus Drittstaaten?

Antwort:

Die ständige ausländische Bevölkerung (Aufenthalt und Kurzaufenthalt) aus dem EU/EFTA-Raum im Kanton Basel-Landschaft wuchs im Jahr 2022 (Januar bis November, Dezember-Daten noch nicht vorliegend) durch Zuwanderung um 1'386 erwerbstätige Personen (siehe Antwort zu Frage 6.2.), die sich auf die Branchen entsprechend der nachstehenden Tabelle des Staatssekretariats für Migration (SEM) verteilt.

Wie hoch die Zuwanderung in die Berufe mit dem ausgeprägtesten Mangel gemäss Antwort zu Frage 6.1. war, lässt sich aufgrund der unterschiedlichen Betrachtungen (Branchen vs. Berufe) und des Fehlens einer Aufschlüsselung der Zuwanderung nach Berufen in der SEM-Statistik nicht beantworten.

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
7	Caroline Mall (SVP)	FKD

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll:

Caroline Mall (SVP) hat eine Zusatzfrage: Die Rednerin sieht keine Verbesserungen, was sie traurig stimmt. Seit September 2022 wurde diese Tagesstruktur für Sozialhilfeempfänger implementiert. In Reinach gibt es auch suchtkranke Menschen, die keinen Rahmen haben, um auf andere Gedanken zu kommen. *Weshalb wird dies für diese Menschen nicht ebenfalls angeboten?* Eine Einbindung dieser Menschen wäre doch ebenfalls möglich, unabhängig davon, ob es sich um eine Kantons- oder Gemeindeaufgabe handelt.

Antwort:

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, es gebe ein System, womit überprüft werde, wer solche Beschäftigungsprogramme anbieten darf. Es handelt sich um eine Qualitätskontrolle. Erhält eine Institution die Approbation, darf sie Beschäftigungsprogramme anbieten. Die pwg hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Bei der Substitutionsabgabestelle ist dies nicht erfolgt. Zudem sind unterschiedliche Systeme zu beachten: Bei der pwg Reinach geht es um Personen, die bereits Sozialhilfe beziehen. Die Substitutionsabgabestelle betreut nicht zwingend sozialhilfebeziehende Personen. Beziehen sie Sozialhilfe – das ist die Voraussetzung –, können sie sich für das Beschäftigungsprogramm anmelden. Viele Leute sind jedoch nicht auf Sozialhilfe oder Beschäftigungsprogramme angewiesen, sondern lassen sich beraten oder holen Informationen ab. Wenn eine Person, die weder Sozialhilfe bezieht noch im ersten Arbeitsmarkt tätig ist und nach einem Rahmenprogramm sucht, so kann dies allenfalls über die psychiatrischen Kliniken oder eine andere Betreuungsinstitution gelöst werden. Der Redner wird nochmals abklären, ob allenfalls etwas für diejenigen Leute getan werden kann, die durch die Maschen fallen. → Ergänzungen:

Es ist richtig, dass sich im öffentlichen Raum immer wieder randständige Personen mit verschiedenen Problematiken aufhalten, welche keine Tagesstruktur haben. Es stellt sich jedoch die Frage, was hier die Ursache ist. Die Fragestellung lässt vermuten, dass dies aufgrund einer Angebotslücke der Fall sei und eine Ausweitung von Beschäftigungsprogrammen Abhilfe schaffen würde.

Häufig liegt es aber weniger an fehlenden Angeboten oder den verschiedenen System- und Finanzierungsformen, sondern eher an der Bereitschaft, Eigenmotivation oder Fähigkeit der genannten Personen, solche Angebote in Anspruch zu nehmen, da für die Teilnahme an einem

Integrations- und Beschäftigungsprogramm, unabhängig vom Kostenträger, eine gewisse Schwelle besteht. Lediglich ein Angebot zu schaffen resp. dieses auszuweiten, genügt nicht zwingend, dass suchtkranke Personen dieses wahrnehmen und einen Rahmen haben.

Worin im geschilderten Fall die Ursache liegt, dass die Personen nicht über eine Tagesstruktur verfügen, lässt sich nicht ohne Weiteres feststellen. So besteht auch die Möglichkeit, dass diese Personen Sozialhilfe beziehen und so grundsätzlich Zugang zu einem sozialhilferechtlichen Beschäftigungsprogramm hätten. Ein solches aber aus verschiedenen Gründen der persönlichen Möglichkeiten und Voraussetzungen nicht zur Anwendung kommt.